



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

E i n l a d u n g

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,
Donnerstag, den 16. September 1954, 15.00 Uhr,
Rathaus, Ratssaal
- - -

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Rats-
versammlung am 26.8.1954
- 2) Mitteilungen a) des Stadtpräsidenten
 b) des Magistrats
- 3) Neubau eines Sommerbades auf dem Ostufer - Drs. 454 -
 Stadtrat Langbehn
- 4) Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Speiseeissteuerordnung
 Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 481 -
- 5) Grundüberholung und Umbau der Zufahrtsbrücke zur Tbc.-Kinder-
 heilstätte Schönhagen - Drs. 477 -
 Stadtrat Dr. Rüdell
- 6) Erhöhung der Mittel für Bekanntmachungen des Personalamtes
 Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 476 -
- 7) Aussprache über die Kieler Woche 1954
- 8) Anfrage von Ratsherrn Hartmann betr. Gelände Germaniawerft
 - Drs. 445 -
- 9) Antrag der Fraktion KG betr. Darlehen aus Baukostenzuschüssen
 von Wohnungsinhabern - Drs. 480 -
- 10) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Anfrage der Fraktion KG betr. Studienrat Dr. Mordhorst
- Drs. 444 -
- 2) Bericht über die Theaterangelegenheit Riedl

S c h m i d t

Kiel, den 9. September 1954

ab 9.9.54

✓

E i n l a d u n g

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,
Donnerstag, den 16. September 1954, 15.00 Uhr,
Rathaus, Ratssaal

- - -

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Rats-
versammlung am 26.8.1954
- 2) Mitteilungen a) des Stadtpräsidenten
 b) des Magistrats
- 3) Neubau eines Sommerbades auf dem Ostufer - Drs. 454 -
 Stadtrat Langbehn
- 4) Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Speiseeissteuerordnung
 Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 481 -
- 5) Grundüberholung und Umbau der Zufahrtsbrücke zur Tbc.-Kinder-
 heilstätte Schönhagen - Drs. 477 -
 Stadtrat Dr. Rüdell
- 6) Erhöhung der Mittel für Bekanntmachungen des Personalamtes
 Bürgermeister Dr. Fuchs - Drs. 476 -
- 7) Aussprache über die Kieler Woche 1954
- 8) Anfrage von Ratsherrn Hartmann betr. Gelände Germaniawerft
 - Drs. 445 -
- 9) Antrag der Fraktion KG betr. Darlehen aus Baukostenzuschüssen
 von Wohnungsinhabern - Drs. 480 -
- 10) Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

- 1) Anfrage der Fraktion KG betr. Studienrat Dr. Mordhorst
- Drs. 444 -
- 2) Bericht über die Theaterangelegenheit Riedl

- 2) An
- a) die Schl.-Holst. Volkszeitung
 - b) die Kieler Nachrichten

2
ab 10.9.54 ✓

Ratsversammlung. Sitzung am Donnerstag, dem 16.9.1954, 15 Uhr, im Ratssaal des Rathauses in Kiel. Tagesordnung: Öffentliche Sitzung: 1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 26.8.1954. 2. Mitteilungen. 3. Neubau eines Sommerbades auf dem Ostufer. 4. Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Speiseeissteuerordnung. 5. Grundüberholung und Umbau der Zufahrtsbrücke zur Tbc.-Kinderheilstätte Schönhagen. 6. Erhöhung der Mittel für Bekanntmachungen des Personalamtes. 7. Aussprache über die Kieler Woche 1954. 8. Anfrage von Ratsherrn E. Mann betr. Gelände Germaniawerft. 9. Antrag der Fraktion KG betr. Darlehen aus Baukostenzuschüssen von Wohnungsinhabern. 10. Verschiedenes. Nichtöffentliche Sitzung: 1. Anfrage der Fraktion KG betr. Personalangelegenheit. 2. Bericht in einer Personalangelegenheit. - Der Stadtpräsident -

- 3) Eine Tagesordnung ist im Rathaus auszuhängen.

3
27 ✓

- 4) Z.d.A.

gez. Schmidt
(Schmidt)

ly
f.
Br.

Zu Punkt³ der Tagesordnung

Der Magistrat

Ausschuß für Leibesübungen
Sportamt

Kiel, den 20. August 1954

Drucksache 454

Betrifft: Neubau eines Sommerbades auf dem Ostufer.

Berichterstatter: Stadtrat T a n g b e h n .

S t a d t K i e l
Der Stadtpräsident

Kiel, den 13. September 1954.

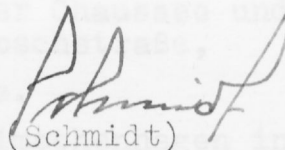
1. Das Steueramt bittet, die zu Pkt. 4) der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung der Ratsversammlung am 16.9.1954 verteilte Drucksache 481 gegen die anliegende "Neue Drucksache 481" auszutauschen.

2. An die Mitglieder der Ratsversammlung.

Betrifft: Drucksache 481.

Es wird gebeten, die anliegende "Neue Drucksache 481" gegen die zu Pkt. 4) der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung der Ratsversammlung am 16.9.1954 verteilte Drucksache 481 auszutauschen.

3. Z.d.A.


(Schmidt)

Theoretisch ermittelte Durchschnittsbesucherzahl (1/25 der Einwohnerzahl der Einzugsreiches)

2 400

2 400 Bcs.

Gesamtfläche

rd. 35 900

33 450 qm

Gesamtfläche/Besucher

rd. 15

13,9 qm

(Richtzahl 8-10 qm/Besucher)

b.w.

Grünfläche	rd. 21 000	19.850 qm
Grünfläche/Besucher	rd. 9	8,2 qm
Wasserfläche	rd. 2 985	2 230 qm
Wasserfläche/Besucher	rd. 1,2	0,9 qm
(Richtzahl 0,6 - 1,0 qm/Besucher)		

Für beide vorgeschlagenen Geländestreifen müssen noch einige Grundflächen angekauft werden:

Zu 1. beträgt die Grunderwerbsfläche	rd. 10 250 qm,
die Grunderwerbskosten	rd. 26 000 DM.
zu 2. beträgt die Grunderwerbsfläche	rd. 2 625 qm,
die Grunderwerbskosten	rd. 14 450 EM.

Da außerdem auf dem Gelände Preetzer Chaussee massive und behelfsmäßige Gebäude geräumt und deren Bewohner anderweitig untergebracht werden müssen, hat sich der Ausschuß für Leibesübungen in seiner Sitzung am 16. Juni 1954 für die Katzhöide entschieden.

Es wird gebeten, dem Antrag in der vorgelegten Form zuzustimmen, damit recht bald mit den weiteren Vorarbeiten begonnen werden kann.

Langbehn
Stadtrat

4
Zu Punkt der Tagesordnung

Finanzausschuß
-Steueramt-

Kiel, den 10. September 1954

Neue Drucksache 481

Betr.: Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Speiseeissteu-
ordnung

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs

Antrag: Nachtragssatzung zur Verlängerung der Ordnung über die
Erhebung einer Speiseeisststeuer

vom 29. März
19. April 1951

Auf Grund der §§ 13 und 18 des Kommunalabgabengesetzes
vom 14. Juli 1893 (GS.S. 152) hat die Ratsversammlung
die folgende Steuerordnung erlassen:

Art. 1

Die Ordnung über die Erhebung einer Speiseeisststeuer
vom 29. März/19. April 1951 (Kieler Nachrichten und
Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 22. Mai 1951)
wird verlängert.

Art. 2

Diese Ordnung tritt mit Wirkung vom 16. Oktober 1954
in Kraft.

Kiel, den1954

S t a d t K i e l
Der Magistrat

.....
Oberbürgermeister

.....
Bürgermeister

Begründung

Die von der Ratsversammlung am 29.3./19.4.1951 unbefristet beschlossene Ordnung über die Erhebung einer Speiseeisteuer ist von der Kommunalaufsichtsbehörde nur bis zum 15.10.1954 genehmigt worden. Nach einem Erlaß des Innenministeriums vom 12.6.1954 -Amtsbl. Schl.-Holstein S. 254- ist für die Verlängerung von aufsichtsbehördlichen Genehmigungen ein Beschluß der Vertretungskörperschaft beizubringen. Um diesem formellen Erfordernis Rechnung zu tragen, muß die Verlängerung der Speiseeisteuerordnung in Form einer Nachtragssatzung von der Ratsversammlung beschlossen werden. Sachlich ist bei der Beratung der Ratsversammlung im Rahmen der Beschlußfassung über den Haushalt 1954 bereits der weiteren Erhebung der Speiseeisteuer für das Rechnungsjahr 1954 zugestimmt worden.

Der Finanzausschuß wird sich in seiner Sitzung am 14.9.1954 mit der Vorlage befassen.

Dr. Fuchs
Bürgermeister

Kiel, den 6. September 1954

Drucksache 481

Betr.: Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Speiseeissteuerordnung

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs

Antrag: Nachtragssatzung zur Verlängerung der Ordnung über die Erhebung einer Speiseeissteuer

vom 29. März
19. April 1951

Auf Grund der §§ 13 und 18 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (GS. S. 152) hat die Ratsversammlung mit Genehmigung des Landesministers des Innern und mit Einverständnis des Landesministers für Finanzen die folgende Steuerordnung erlassen:

Art. 1

Die Ordnung über die Erhebung einer Speiseeissteuer vom 29. März/19. April 1951 (Kieler Nachrichten und Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 22. Mai 1951) wird verlängert.

Art. 2

Diese Ordnung tritt mit Wirkung vom 16. Oktober 1954 in Kraft.

Kiel, den 1954

S t a d t K i e l
Der Magistrat

.....
Oberbürgermeister

.....
Bürgermeister

Begründung

Die am 29.3./19.4.1951 beschlossene Ordnung über die Erhebung einer Speiseeissteuer war anfangs von der Kommunalaufsichtsbehörde nur bis zum 15.10.1951 genehmigt worden. Auf Antrag der Verwaltung wurde die Genehmigung jeweils um 1 Jahr verlängert. Die letzte Genehmigung ist am 1. Oktober 1953 bis zum 15.10.1954 ausgesprochen worden.

Es muß also erneut ein Antrag an die Kommunalaufsichtsbehörde auf Verlängerung der Genehmigung der Steuerordnung gestellt werden. Das Innenministerium hat mit Erlaß vom 12.6.1954 - Amtsbl. Schl.-Holstein S.254 - gefordert, daß für die Verlängerung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung ein Beschluß der Vertretungskörperschaft beizubringen ist. Sachlich ist bei der Beratung der Ratsversammlung im Rahmen der Beschlußfassung über den Haushalt 1954 die weitere Erhebung der Speiseeissteuer beschlossen worden. Im Interesse der Rechtssicherheit wird der Auffassung des Innenministeriums entgegen dem vom Steueramt und Rechtsamt vertretenen Standpunkt entsprochen und die Verlängerung der Gültigkeitsdauer in Form einer Satzung gekleidet vorgelegt.

Der Finanzausschuß wird sich in seiner Sitzung am 14.9.1954 mit der Vorlage befassen.

V o s s

Stadtrat

Drucksache 477

Betrifft: Einmalige Ausgaben für die Tbc.-Kinderheilstätte
Schönhagen

Berichterstatter: Stadtrat Dr. Rüdel

Antrag: Nachstehende Sofortentscheidung nach § 106 GO. wird
genehmigt:

"Es werden bereitgestellt als außerplanmäßige Ausgabe
bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 514/962
- Grundüberholung und Umbau der Zufahrtsbrücke
zur Tbc.-Kinderheilstätte Schönhagen - 17.000,- DM

Zur Deckung der Mehrausgaben werden

a) bei der Haushaltsstelle 514/951
-Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes- 14.000,- "

b) bei der Haushaltsstelle 514/953
-Errichtung eines Kohlenbunkers - 3.000,- "

Mittel in Höhe von zus.: 17.000,- DM
eingespart.

Die Genehmigung der Ratsversammlung ist unverzüglich
nachzuholen."

Begründung

Die Zufahrtsbrücke zur Tbc.-Kinderheilstätte Schönhagen ist
grundüberholungs- und reparaturbedürftig. Die Brücke ist z.Zt.
für jeden Verkehr - außer Fußgängerverkehr - gesperrt.

Nach dem hier vorliegenden Bericht des Tiefbauamts über die
Brückenprüfung am 2.8.1954 war vor Ausarbeitung von Kostenan-
schlägen über die Instandsetzung der Brücke zu entscheiden,
welche Tragkraft für die Brücke - den heutigen Verkehrsver-
hältnissen angepaßt - für zweckmäßig gehalten wird.

Nach erfolgter Abstimmung zwischen Tiefbauamt und Hochbauamt wird
eine Tragfähigkeit der Brücke von 10 to für erforderlich erachtet.
Danach wird die Brückendecke nach Brückenklasse 9 (DIN 1072) zu
bemessen sein. Die Benutzung durch Fahrzeuge bis zu 10 to Gesamt-
gewicht ist dann bei Einhaltung von Schrittgeschwindigkeit ohne
Bedenken möglich.

Nach diesen Erfordernissen bedingt die Instandsetzung der Zu-
fahrtsbrücke eine Konstruktionsänderung.

Der Kostenanschlag des Tiefbauamtes schließt mit 17.000 DM ab.

Die Wiederherstellung der Brücke ist zur Wiederaufnahme des Fahrverkehrs dringend erforderlich und daher die Bereitstellung der Mittel als Notstandsmaßnahme beschleunigt herbeizuführen. Mittel für die Brückeninstandsetzung stehen haushaltsmäßig nicht zur Verfügung.

In Ansehung der Eilbedürftigkeit der Angelegenheit hat der Gesundheitsausschuß am 27.8.1954 beschlossen,

- a) das Bauvorhaben - Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes - zurückzustellen und die hierfür im Haushaltsplan 1954 bei der Haushaltsstelle 514/951 eingesetzten Mittel mit 14.000,- DM zur Verfügung zu stellen,

- b) auf die Durchführung des Bauvorhabens - Errichtung eines Kohlenbunkers- einstweilen zu verzichten und von den hierfür bei der Haushaltsstelle 514/953 bereitgestellten Mitteln in Höhe von 4.000,- DM

3.000,- -- "

insgesamt also

17.000,- -- DM

zur Finanzierung der u.a. Notstandsmaßnahme in Anspruch zu nehmen.

Wegen der Eilbedürftigkeit ist am 31.8.1954 durch den Oberbürgermeister nach § 106 GO entschieden worden.

Dr. R ü d e l
Stadtrat

Kiel, den 31. August 1954

Drucksache Nr. 476

Betrifft: Erhöhung der Mittel für Bekanntmachungen.

Berichterstatter: Oberbürgermeister

Antrag: Auf Grund des § 106 Abs. (1) GO. wird der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 1.500,-- DM bei der Haushaltsstelle 022/635 - Bekanntmachungen - zugestimmt. Die Mehrausgabe wird durch eine Entnahme in gleicher Höhe aus den Verstärkungsmitteln (98/681) gedeckt.

B e g r ü n d u n g:

Im Haushaltsplan 1954 sind bei der Haushaltsstelle 022/635 für Bekanntmachungen 800,-- DM bereitgestellt worden. Von diesen Mitteln, die fast ausschließlich für die Ausschreibung von Stellen für Fachkräfte benötigt werden, wurden bisher 750,10 DM verausgabt, so daß für das laufende Rechnungsjahr noch 49,90 DM zur Verfügung stehen. Dieser Betrag reicht nicht aus, um die noch zu erwartenden Ausgaben bestreiten zu können, da für die Besetzung von Planstellen für Fachkräfte in diesem Jahr noch weitere Stellenausschreibungen erforderlich sein werden. Nach überschlagweiser Berechnung werden hierfür noch rd. 1.500,-- DM benötigt.

Der Personalausschuß hat im Umlaufverfahren zugestimmt.

G a y k
Oberbürgermeister

Ratsherr Hartmann

Kiel, den 14. August 1954
Sophienblatt 3

Drucksache 445

Herrn
Stadtpräsident Schmidt

K i e l

Rathaus

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident !

Ich bitte, in der nächsten öffentlichen Stadtvertretersitzung
Auskunft zu folgender Frage zu geben:

Betr.: Gelände Germaniawerft

Seit 1947 verhandelt die Stadtführung über das ihr gemachte Angebot auf Erwerb des Geländes der Germaniawerft. Ich habe vor Monaten in geschlossener Stadtvertretersitzung mein Mißfallen darüber zum Ausdruck gebracht, daß der Rat der Stadt über diese Dinge, die wichtig für das Gemeinwohl sind, weder informiert noch um seine Meinung gefragt worden ist.

Ich frage den Herrn Stadtpräsidenten, ob er bereit ist, entsprechend der Gemeindeordnung nunmehr klar und unmißverständlich den Ratsmitgliedern zu sagen, wie der Stand der Verhandlungen ist.

Der Wirtschaftsdezernent Herr Stadtrat Voss hat im Januar oder Februar in seinem Rechenschaftsbericht über die Wirtschaftslage in öffentlicher Stadtvertretersitzung wörtlich gesagt, wie auch in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung nachzulesen ist: "Wir hoffen, daß die Bestrebungen auf eine Übernahme des Geländes Germaniawerft durch das Land bald zu einem Ergebnis führen."

Am 3. April 1954 weist die Volkszeitung darauf hin, daß das Germaniagelände für neue Industrien ausgewiesen werden soll. Ich möchte gern erfahren, warum die Stadt Kiel das Angebot, Eigentümer dieses Geländes zu werden, abgelehnt hat oder wird noch verhandelt?

Ich behalte mir vor, weitere Anfragen für die nächste Ratsvertretersitzung zu stellen, wenn die erbetene Information ungenügend ist.

Hochachtungsvoll

H a r t m a n n

Fraktion Kieler Gemeinschaft

Kiel, den 26. August 1954

Drucksache 480

An
den Herrn Stadtpräsidenten

K i e l
Rathaus

Betr.: Darlehen aus Baukostenzuschüssen von Wohnungsinhabern

Die Fraktion Kieler Gemeinschaft beantragt:

Die Stadtvertretung wolle beschließen,

daß künftighin Darlehen für Bauzwecke, die beim Wohnungsamt aus obigem Fonds vergeben werden, privaten Bauherren zur Verfügung gestellt werden. Nach einer Auskunft des Wohnungsamtes sind von den rund 177.000 DM 109.000 DM an die Kieler Wohnungsbaugesellschaft gegangen.

Die aufgebrauchten Mittel stammen fast ausschließlich aus der Privatwirtschaft. Es ist daher recht und billig, wenn auch private Bauherren künftighin die Rückflüsse für Bauzwecke verwenden können.

Hochachtungsvoll

Dr. R ü d e l

Kiel, den 15. September 1954

Dringlichkeitsvorlage

Drucksache 412

Betr.: Beschaffung von Ruhebänken

B.E.: Stadtrat S c h u b e r t

Antrag: Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 2.800 DM bei der Haushaltsstelle 7412/813 - Beschaffung von Einrichtungsgegenständen - unter gleichzeitiger Erhöhung des Einnahmehaushaltssolls der Haushaltsstelle 7412/25 wird zugestimmt.

Begründung

Aus Kreisen der Kieler Geschäftswelt wurden der Stadt Kiel Geldbeträge für die Beschaffung von Ruhebänken gestiftet, da die der Gartenbauabteilung zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei weitem nicht ausreichen, um den Wünschen der Bevölkerung betr. Aufstellung von Ruhebänken gerecht zu werden.

Insgesamt sind an Stiftungen eingegangen 2.800,-- DM, die bei der Haushaltsstelle 7412/25 vereinnahmt worden sind. Um über diesen Betrag verfügen zu können, muß das Ausgabenhaushaltssoll der Haushaltsstelle 7412/813 - Beschaffung von Einrichtungsgegenständen - um diesen Betrag erhöht werden.

S c h u b e r t
Stadtrat

Anwesenheitsliste

Sitzung der Ratsversammlung vom: 16.9.1954

Lfd. Nr.	Name:	Unterschrift:
1.	Bendfeldt, Emil	
2.	Bendfeldt, Frieda	
3.	Boll	<i>Boll</i>
4.	Book	
5.	Brodersen	
6.	Kosak Engel	<i>Kosak</i>
7.	Eschenburg	<i>Eschenburg</i>
8.	Flenker	
9.	Fischer	<i>Fischer</i>
10.	Franke	<i>Franke</i>
11.	Grabow	
12.	Hansen	<i>Hansen</i>
13.	Hartmann	<i>Hartmann</i>
14.	Henkel	<i>Henkel</i>
15.	Hinz	<i>Hinz</i>
16.	Jung	<i>Jung</i>
17.	Kascha	<i>Kascha</i>
18.	Kretschmer	
19.	Köster	<i>Köster</i>
20.	Kuhn	<i>Kuhn</i>
21.	Kowalewsky	
22.	Krüger	<i>Krüger</i>
23.	Langbehn	<i>Langbehn</i>
24.	Lüdemann	<i>Lüdemann</i>
25.	Lütgens	<i>Lütgens</i>
26.	Lüthje	

Lfd.
Nr.

Name:

Unterschrift:

27. Marth

28. E Müller

29. Neumann

30. Nolte

31. Ohge

32. Ratz

33. E Ritter

34. Rüdel, Dr.

35. Schatz

36. Schmidt

37. Schubert

38. Sievers, Dr.

39. Steinert

40. Stolze

41. Thaddey

42. Thiede

43. Vormeyer

44. Wegener

45. E Willumeit

Marth

Neumann

Nolte

Ohge

Ratz

Ritter

Rüdel

Schatz

Schmidt

Schubert

Sievers

Steinert

Stolze

Thaddey

Thiede

Vormeyer

Wegener

Willumeit

Kurzniederschrift

über die Sitzung der Ratsversammlung am 16.9.54

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 18⁰⁰ Uhr

Vorsitzender: Stadtpräsident Schmidt

Schriftführer: Ratsherr Neumann

Anwesend: Stadträte: Frau Hinz, Köster, ~~Kowalewsky~~, Langbehn, ~~Lüthje~~, Dr. Rüdel, Schatz, Schubert, Dr. Sievers, Thaddey, Thiede.

Ratsherren: ~~Bendfeldt~~, ~~Frau Bendfeldt~~, ~~Book~~, Boll, ~~Frau Brodersen~~, Eschenburg, Fischer, ~~Flenker~~, Frau Franke, Frau Hansen, Hartmann, Henkel, Frau Jung, Kascha, Kosak, Krüger, Kuhn, Lüdemann, Nolte, Lütgens, Marth, ~~Müller~~, Ohge, Ratz, ~~Ritter~~, Steinert, Frau Stolze, Vormeyer, Wegener, ~~Willumeit~~.

Es fehlen
entschuldigt:

Ratsherrin Bendfeldt, Ratsherr Bendfeldt, Ratsherr Book, Ratsherrin Brodersen, Stadtrat Kowalewsky, Ratsherr Müller, Ratsherr Willumeit, Ratsherr Flenker, Stadtrat Lüthje, Ratsherr Ritter

Es fehlen
unentschuldigt:

Ausschluß von Ratsherren
wegen Befangenheit:

Anwesende des
Magistrats:

~~Oberbürgermeister Gayk~~, Bürgermeister Dr. Fuchs, Stadtbaurat Jensen, Stadtschulrätin Jensen, Stadträte: Borchert ~~Engert~~ und Voß.

Anwesende der
Verwaltung:

Magistratsdirektor Koeppen, Magistratssyndikus v. Germar, Magistratsoberräte: Dr. Dabelstein, ~~Materno~~, Puls, ~~Dr. Schröder~~, Mag. Räte: Dröpper, Schlüter, ~~Dr. Willing~~, Gabriel, ~~Dr. Kopp~~, Stadtmedizinalrat Dr. Papenberg, ~~Mag. Schulrat Dr. Schütze~~, ~~Mag. Baudirektoren: Schroe-~~
~~der~~, Sauer, Willing, ~~Mag. Ob. Bauräte: Schnoor~~, Schulze, ~~Mag. Baurat Dorow~~, Generalintendant Noller, Kulturreferent Brockmann, Referent Witte.

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

Die gestellten Anträge:

3. a) Das geplante Sommerbad, für das im außerordentlichen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1954 200.000 DM eingesetzt sind, wird auf dem Ostufer, und zwar auf Katzheide, errichtet.
b) Das Bauamt wird beauftragt, die entsprechenden Kosten und Pläne zusammenzustellen und auszuarbeiten.

Beschluß:

Nach Antrag mit Stimmen gegen 2 Stimmen mit der Maßgabe,
bei Stimmenthaltungen daß der Absatz a) heißt:

Für das geplante Sommerbad, für das im außerordentlichen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1954 200.000 DM eingesetzt sind, wird das Gelände Katzheide auf dem Ostufer vorgeschlagen.

Ratsherr Hartmann beantragt, den Absatz b) zu erweitern durch die Worte: "unter Hinzuziehung der Badefachleute der Landesregierung".

Beschluß: Abgelehnt mit 17 Stimmen gegen 10 Stimmen

4. Nachtragssatzung bei Stimmenthaltungen zur Verlängerung der Ordnung über die Erhebung einer Speiseeissteuer vom 29. März / 19. April 1951.

Auf Grund der §§ 13 und 18 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (GS.S.152) hat die Ratsversammlung die folgende Steuerordnung erlassen:

Art. 1

Die Ordnung über die Erhebung einer Speiseeissteuer vom 29. März / 19. April 1951 (Kieler Nachrichten und Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 22. Mai 1951) wird verlängert.

Art. 2

Diese Ordnung tritt mit Wirkung vom 16. Oktober 1954 in Kraft.

Kiel, den

1954

S t a d t K i e l
Der Magistrat

.....
Oberbürgermeister

.....
Bürgermeister

Beschluß:

Einstimmig Abgelehnt mit Stimmen gegen Stimmen
bei Stimmenthaltungen

5. Nachstehende Sofortentscheidung nach § 106 GO wird genehmigt:

"Es werden bereitgestellt als außerplanmäßige Ausgabe bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 514/962 - Grundüberholung und Umbau der Zufahrtsbrücke zur Tbc.-Kinderheilstätte Schönhofen - 17.000,- DM

Zur Deckung der Mehrausgaben werden

- | | |
|---|------------------|
| a) bei der Haushaltsstelle <u>514/951</u>
-Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes- | 14.000,- " |
| b) bei der Haushaltsstelle <u>514/953</u>
-Errichtung eines Kohlenbunkers - | <u>3.000,- "</u> |

Mittel in Höhe von zus. 17.000,- DM

eingespart.

Die Genehmigung der Ratsversammlung ist unverzüglich nachzuholen."

Beschluß:

Nach Antrag

6. Auf Grund des § 106 Abs. (1) GO. wird der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 1.500,-DM bei der Haushaltsstelle 022/635 - Bekanntmachungen - zugestimmt. Die Mehrausgabe wird durch eine Entnahme in gleicher Höhe aus den Verstärkungsmitteln (98/681) gedeckt.

Beschluß:

Nach Antrag

7. Aussprache über die Kieler Woche 1954.

8. Anfrage von Ratsherrn Hartmann betr. Gelände Germaniawerft.

~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~
Nach Antrag mit Stimmen gegen 3 Stimmen
bei Stimmenthaltungen

Die Anfrage ist in nichtöffentlicher Sitzung beantwortet worden.

9. Die Stadtvertretung wolle beschließen, daß künftighin Darlehen für Bauzwecke, die beim Wohnungsamt aus obigem Fonds vergeben werden, privaten Bauherren zur Verfügung gestellt werden. Nach einer Auskunft des Wohnungsamtes sind von den rund 177.000 DM 109.000 DM an die Kieler Wohnungsbaugesellschaft gegangen.

Die aufgebrauchten Mittel stammen fast ausschließlich aus der Privatwirtschaft. Es ist daher recht und billig, wenn auch private Bauherren künftighin die Rückflüsse für Bauzwecke verwenden können.

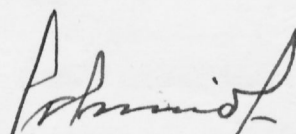
Beschluß:

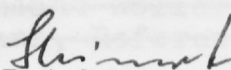
Nach Antrag mit 17 Stimmen gegen 10 Stimmen
bei 1 Stimmenthaltungen

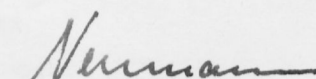
10. Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 2.800 DM bei der Haushaltsstelle 7412/813 - Beschaffung von Einrichtungsgegenständen - unter gleichzeitiger Erhöhung des Einnahmehaushaltssolls der Haushaltsstelle 7412/25 wird zugestimmt.

Beschluß: Nach Antrag

11. Verschiedenes.


Stadtpräsident


Ratsherr


Schriftführer

8. Anfrage von Ratsherrn Hartmann betr. Gelände Germaniawerft.

Nach Antrag mit 5 Stimmen gegen 1 Stimmen

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister Kiel, den 21. 9. 54

Hauptamt

1.) Widerspruch

2.) U.

Herrn Stadtrat

zurückgesandt.

(Gayk)

Beschluss:

Nach Antrag mit 5 Stimmen gegen 1 Stimmen

bei 11 Stimmen

10. Der Antrag einer Überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 2.800 DM bei der Haushaltsstelle 7412/813 - Beschaffung von Einrichtungsgegenständen - unter gleichzeitiger Erhöhung des Einnahmenshaushalts der Haushaltsstelle 7412/25 wird zugestimmt.

Beschluss: Nach Antrag

11. Verschiedenes.

Ratsherr

Stadtschreiber

Schriftführer

Kurzniederschrift

über die Sitzung der Ratsversammlung am 16.9.54

Beginn: 1804

Uhr

Ende: 1943

Uhr

Vorsitzender: Stadtpräsident Schmidt

Schriftführer: Ratsherr Neumann

Anwesend: Stadträte: Frau Hinz, Köster, ~~Kowalewsky~~, Langbehn, ~~Lüthje~~, Dr. Rüdell, Schatz, Schubert, Dr. Sievers, Thaddey, Thiede.

Ratsherren: ~~Bendfeldt~~, Frau ~~Bendfeldt~~, ~~Book~~, Boll, Frau ~~Brodersen~~, Eschenburg, Fischer, ~~Flenker~~, Frau Franke, Frau Hansen, Hartmann, Henkel, Frau Jung, Kascha, Kosak, Krüger, Kuhn, Lüdemann, Nolte, Lütgens, Marth, ~~Müller~~, Ohge, Ratz, ~~Ritter~~, Steinert, Frau Stolze, Vormeyer, Wegener, ~~Willumeit~~.

Es fehlen
entschuldigt:

Ratsherrin Bendfeldt, Ratsherr Bendfeldt, Ratsherr Book, Ratsherrin Brodersen, Stadtrat Kowalewsky, Ratsherr Müller, Ratsherr Willumeit, Ratsherr Flenker, Stadtrat Lüthje, Ratsherr Ritter

Es fehlen
unentschuldigt:

Ausschluß von Ratsherren
wegen Befangenheit:

Anwesende des
Magistrats:

~~Oberbürgermeister Gayk~~, Bürgermeister Dr. Fuchs, Stadtbaurat Jensen, Stadtschulrätin Jensen, Stadträte: Borchert ~~Engert~~ und Voß.

Anwesende der
Verwaltung:

~~Magistratsdirektor Koeppen~~, Magistratssyndikus v. Germar, Magistratsoberräte: Dr. Dabelstein, ~~Materne~~, Puls, Dr. Schröder, Mag. Räte: Dröpper, Schlüter, Dr. Willing, Gabriel, Dr. Kopp, Stadtmedizinalrat Dr. Papenberg, Mag. Schulrat Dr. Schütze, Mag. Baudirektoren: ~~Schroeder~~, Sauer, Willing, Mag. Ob. Bauräte: ~~Sehnoor~~, Schulze, Mag. Baurat Dorow, Generalintendant Noller, Kulturreferent Brockmann, Referent Witte.

Schriftführer

Stadt Kiel

Der Oberbürgermeister

Kiel, den 21.9.54

Hauptamt

1.) Widerspruch

2.) U.

Herrn Stadtrat

zurückgeschickt.

Handpräsident

(Gayk)

1. Anfrage des Herrn Stadtrat Dr. Fuchs über die Angelegenheit der ...
Es wurde beschlossen, diese Anfrage in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Abgestimmt mit ... Stimmen gegen ...
Bürgermeister Dr. Fuchs antwortet auf die Anfrage.

2. Anfrage der Fraktion Kd. betr. Ständehaus Dr. Nordhorst.
Frau Stadtschulze Jensen antwortet auf die Anfrage.

3. Bericht über die Theaterangelegenheit Kiel.
Bürgermeister Dr. Fuchs berichtet über die Angelegenheit.

Handwritten signature
Ratherr

Handwritten signature
Stadtschulze

Handwritten signature
Schriftführer

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der Ratsversammlung am 16. September 1954,
Rathaus, Ratssaal

Beginn: 15 Uhr

Ende: 18 Uhr

Anwesend: Stadtpräsident Schmidt

Stadträte: Frau Hinz, Köster, Langbehn, Dr. Rüdell,
Schatz, Schubert, Dr. Sievers, Thaddey,
Thiede.

Ratsherren: Boll, Eschenburg, Fischer, Frau Franke,
Frau Hansen, Hartmann, Henkel, Frau Jung,
Kascha, Kosak, Kuhn, Krüger, Lüdemann,
Lütgens, Marth, Neumann, Nolte, Ohge,
Ratz, Steinert, Frau Stolze, Vormeyer,
Wegener.

Es fehlen entschuldigt: Stadträte: Kowalewsky und
Lüthje, Ratsherren: Bendfeldt, Frau
Bendfeldt, Book, Frau Brodersen, Flenker,
Müller, Ritter, Willumeit.

Hauptamtliche Mitglieder des Magistrats: Bürger-
meister Dr. Fuchs, Frau Stadtschulrätin
Jensen, Stadtbaurat Jensen, Stadträte
Borchert und Voss.

Außerdem: Magistratssyndikus v. Germar, Magistrats-
oberräte Dr. Dabelstein und Puls, Magi-
stratsobermedizinalrat Dr. Papenberg,
Magistratsräte Dröpper und Schlüter,
Referent Witte.

Vorsitzender: Stadtpräsident Schmidt

Schriftführer: Ratsherr Neumann

Schriftführergehilfe: Stadtinspektor Knuth.

- - -

Bemerkung zur Tagesordnung

Stadtpräsident teilt mit, daß der Magistrat einstimmig empfohlen hat, den Punkt 8 der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung "Anfrage von Ratsherrn Hartmann betr. Gelände der Germaniawerft" in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Sprecher bittet, darüber am Schluß der öffentlichen Sitzung zu beraten.

Ratsherr Hartmann widerspricht der Beratung in nicht-öffentlicher Sitzung.

- Über diesen Punkt wird am Schluß der öffentlichen Sitzung beraten -

1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 26.8.1954

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 26.8.1954 werden Bedenken nicht erhoben.

2a) Mitteilungen des Stadtpräsidenten

Mitteilungen des Stadtpräsidenten liegen nicht vor.

2b) Mitteilungen des Magistrats

Mitteilungen des Magistrats liegen nicht vor.

3) Betrifft: Neubau eines Sommerbades auf dem Ostufer - Drs. 454 -

Berichterstatter: Stadtrat Langbehn

Antrag: a) Das geplante Sommerbad, für das im außerordentlichen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1954 200.000 DM eingesetzt sind, wird auf dem Ostufer, und zwar auf Katzheide, errichtet.

b) Das Bauamt wird beauftragt, die entsprechenden Kosten und Pläne zusammenzustellen und auszuarbeiten.

Stadtrat L a n g b e h n erläutert die schriftliche Vorlage und berichtet über die Besichtigung der 14 Freibäder im nord-deutschen Raum. Die Besichtigungsreise hat ergeben, daß 3 Dinge als Voraussetzung beim Schwimmbadbau zu beachten sind, nämlich

1. Die Anlage muß sich gut in die Landschaft einfügen.
2. Es muß ein Schwimmer-, ein Nichtschwimmer- und ein Planschbecken vorhanden sein. Das Nichtschwimmerbecken darf nicht zu klein sein.
3. Es sind ausgedehnte Liege- und Tummelwiesen notwendig, weil eine Freibadanlage erfahrungsgemäß von vielen Leuten nur für Luft- und Sonnenbäder benutzt wird.

Von den besichtigten Bädern hat das Bad in Wolfenbüttel, das mit einem Kostenaufwand von 750. - 800.000 DM gebaut worden ist, am besten gefallen. Allgemein gehen die Erfahrungen dahin, daß vorgewärmtes Wasser kaum eine besondere Anziehungskraft ausübt. Wenn nämlich die Luft zu kalt ist, ist die Neigung zum Baden nicht groß.

Es ist in Kiel in bezug auf Sportplätze und Kinderspielplätze bereits allerhand geleistet worden. Für die badefreudige Bevölkerung konnte bisher noch nicht viel getan werden. Bei mehreren Kieler Freibädern muß damit gerechnet werden, daß sie eines Tages aus gesundheitlichen Gründen geschlossen werden. In Hamburg und Bremen sind bereits alle Freibäder, die an Seen und Flüssen liegen, aus gesundheitlichen Gründen geschlossen worden. Da das Westufer bereits die Schwimmhalle und auch die Seebadeanstalt Düsternbrook hat, soll das neue Freibad auf dem Ostufer errichtet werden. Das vorgeschlagene Gelände Katzheide bietet günstige natürliche Gegebenheiten mit einem guten Sonneneinfall und liegt im Zentrum eines großen Einzugsgebietes von etwa 60000 Menschen. Das neue Schwimmbad sollte groß genug, aber

nicht aufwendig gebaut werden. Auf ein Sprungbecken und einen 5 bzw. 10 m Sprungturm kann verzichtet werden. Es ist die Frage aufgeworfen worden, warum man auf dem Ostufer nicht statt eines Freibades gleich eine Schwimmhalle baut. Dazu ist zu sagen, daß eine Schwimmhalle ein Freibad nicht ersetzen kann. Die Kosten für eine Schwimmhalle würden außerdem 3 - 4 mal so hoch sein. In diesem Zusammenhang ist noch darauf hinzuweisen, daß zu dem Wiederaufbau des Stadttheaters und dem Bau der Ostseehalle zunächst auch viele Bedenken geäußert worden sind, die hinterher aber beigelegt wurden. Sprecher beantragt sodann, den Punkt a) des Antrages wie folgt zu ändern:

"Für das geplante Sommerbad, für das im außerordentlichen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1954 200.000 DM eingesetzt sind, wird das Gelände Katzheide auf dem Ostufer vorgeschlagen."

Ratsherr B o l l erklärt, daß die KG dem Antrag in der geänderten Fassung zustimmt. Sicherlich ist die Frage eines Schwimmbades in beiden Fraktionen stark umstritten gewesen. Es darf aber angenommen werden, daß heute grundsätzliche Bedenken gegen das Bad nicht mehr bestehen. Entscheidend ist die Kostenfrage. Zu den eigentlichen Baukosten kommen jährlich etwa 80. - 100.000 DM laufende Kosten hinzu. Das Bad in Wolfenbüttel, das mit 750.000 DM bis 800.000 DM errichtet worden ist, entspricht ungefähr den Vorstellungen, die man von einem Schwimmbad in Kiel hat. Es könnten aber 100.000 - 150.000 DM gespart werden, wenn, wie schon von Stadtrat Langbehn angeregt, auf ein Sprungbecken und einen Sprungturm verzichtet wird. Das Sprungbecken und der Sprungturm sollten aber in die Planung mit einbezogen werden, um ggf. später ausbauen zu können. Besonders wichtig ist, daß ein großes Nichtschwimmerbecken, ein Planschbecken und große Liegewiesen errichtet werden.

Ratsherr N o l t e schlägt als Standort für das Sommerbad das Gelände zwischen Preetzer Chaussee und verlängerter Stoschstraße vor, weil dann gleichzeitig erreicht wird, daß das dort befindliche Lager beseitigt wird.

Ratsherr H a r t m a n n bittet, den Punkt b) des Antrages zu ergänzen um die Worte: "unter Hinzuziehung der Badefachleute der Landesregierung".

B ü r g e r m e i s t e r führt aus, daß es eine der Hauptaufgaben der Stadtführung ist, für die Gesundheit und die körperliche Ertüchtigung der Bürger zu sorgen. Nach seiner Meinung sollte aber über den Antrag zu a) erst beschlossen werden, wenn die Planung festliegt und die Kosten ermittelt sind. Weiter empfiehlt es sich, den Punkt b) des Antrages dahin zu ergänzen, daß die ausgearbeiteten Pläne usw. der Ratsversammlung vorzulegen sind. Zu dem Antrag von Ratsherrn Hartmann weist Sprecher darauf hin, daß es zu den pflichtmäßigen Aufgaben der Verwaltung gehört, bei den Planungen Fachleute hinzuzuziehen.

S t a d t p r ä s i d e n t bemerkt, daß es selbstverständlich ist, daß a) von der Verwaltung Fachleute hinzugezogen und b) die zusammengestellten Kosten und Pläne der Ratsversammlung vorgelegt werden. Es dürfte sich demnach erübrigen, den Antrag zu ergänzen.

Ratsherr L ü d e m a n n erklärt, daß die SPD Bedenken hat gegen den Antrag von Ratsherrn Hartmann, weil er nach ihrer Meinung in eine ganz bestimmte Richtung geht. Die SPD hat zu dem Stadtbaurat das Vertrauen, daß er gemeinsam mit Bäderfachleuten eine einwandfreie Planung ausarbeiten wird.

Danach wird über den Antrag von Ratsherrn Hartmann abgestimmt.

Beschluß: Der Antrag wird mit 17 : 10 Stimmen abgelehnt.

Sodann wird über die Vorlage in der von Stadtrat Langbehn vorgeschlagenen geänderten Fassung abgestimmt.

Beschluß: a) Für das geplante Sommerbad, für das im außerordentlichen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1954 200.000 DM eingesetzt sind, wird das Gelände Katzheide auf dem Ostufer vorgeschlagen.

b) Das Bauamt wird beauftragt, die entsprechenden Kosten und Pläne zusammenzustellen und auszuarbeiten.

Der Beschluß ergeht gegen 2 Stimmen.

4) Betrifft: Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Speiseeissteuerordnung - Neue Drs. 481 -

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs

Antrag: Nachtragssatzung zur Verlängerung der Ordnung über die Erhebung einer Speiseeissteuer

vom 29. März 1951
19. April

Auf Grund der §§ 13 und 18 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (GS. S. 152) hat die Ratsversammlung die folgende Steuerordnung erlassen:

Art. 1

Die Ordnung über die Erhebung einer Speiseeissteuer vom 29. März/19. April 1951 (Kieler Nachrichten und Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 22. Mai 1951) wird verlängert.

Art. 2

Diese Ordnung tritt mit Wirkung vom 16. Oktober 1954 in Kraft.

Kiel, den1954

S t a d t K i e l
Der Magistrat

.....
Oberbürgermeister

.....
Bürgermeister

B ü r g e r m e i s t e r erläutert die schriftliche Vorlage und weist darauf hin, daß die Ratsversammlung sachlich im Rahmen der Beschlußfassung über den Haushalt 1954 die weitere Erhebung der Speiseeissteuer beschlossen hat. Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 15.9.1954 die Vorlage mit Mehrheit abgelehnt.

Ratsherr E s c h e n b u r g ist erfreut darüber, daß der Magistrat die von der KG schon seit Jahren angefochtene Speiseeissteuer abgelehnt hat. Auch die KG lehnt die Vorlage ab. Die städtischen Einnahmen werden durch den Steuerausfall nicht bedeutend geschmälert; es wird aber eine "unsoziale und lästige" Steuer beseitigt. Hinzuweisen ist noch darauf, daß der Bundesernährungsminister sich schon seit langem dafür ausgesprochen hat, den Speiseeisverzehr zugunsten des Milchverbrauchs zu fördern.

Ratsherr L ü d e m a n n wirft die Frage auf, wie der Steuerausfall von 60.000 - 80.000 DM gedeckt wird.

Stadtrat K ö s t e r führt aus, daß die SPD seinerzeit trotz Bedenken dem Vorschlag des Kämmerers, die Speiseeissteuer einzuführen, zugestimmt hat. Die SPD war immer bereit, dem Kämmerer bei seinen finanziellen Sorgen zu helfen. Wenn die KG dem ihr nahestehenden Kämmerer durch ihre der Steuer gegenüber ablehnende Haltung diese Hilfe im vorliegenden Fall nicht gewähren will, vermag auch die SPD nicht weiter zu helfen.

Stadtrat Dr. R ü d e l erklärt auf die Ausführungen von Stadtrat Köster, daß der Hinweis auf die Parteibindung des Kämmerers unangebracht war, weil erwartet werden muß, daß der Kämmerer die Dinge nur von rein sachlichen Gesichtspunkten her sieht. Man müßte sich grundsätzlich davon freimachen, den Oberbürgermeister und Bürgermeister als Vertreter ihrer Partei anzusehen.

B ü r g e r m e i s t e r bemerkt, daß der Einnahmeausfall von 60.000 - 80.000 DM bei einem Gesamtsteueraufkommen von rd. 28 Mill. DM gering ist. Es ist damit zu rechnen, daß bei einigen Steuern (z.B. Lohnsummensteuer) die Haushaltsansätze überschritten werden, so daß dadurch die Deckung für den Speiseeissteuerausfall vorhanden ist.

Beschluß: Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

- 5) Betrifft: Einmalige Ausgaben für die Tbc.-Kinderheilstätte
Schönhagen - Drs. 477 -

Berichterstatter: Stadtrat Dr. Rüdell

Antrag: Nachstehende Sofortentscheidung nach § 106 GO. wird genehmigt:

"Es werden bereitgestellt als außerplanmäßige Ausgabe bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 514/962
- Grundüberholung und Umbau der Zufahrtsbrücke zur Tbc.-Kinderheilstätte Schönhagen - 17.000,- DM

Zur Deckung der Mehrausgaben werden

a) bei der Haushaltsstelle 541/951

- Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes -14.000,- DM

b) bei der Haushaltsstelle 514/953

- Errichtung eines Kohlenbunkers - 3.000,- "

Mittel in Höhe von zus.: 17.000,- DM
eingespart.

Die Genehmigung der Ratsversammlung ist unverzüglich

Beschluß: Nach Antrag. nachzuholen."

- 6) Betrifft: Erhöhung der Mittel für Bekanntmachungen - Drs. 476 -
Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs
Antrag: Auf Grund des § 106 Abs. (1) GO. wird der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 1.500 DM bei der Haushaltsstelle 022/635 - Bekanntmachungen - zugestimmt. Die Mehrausgabe wird durch eine Entnahme in gleicher Höhe aus den Verstärkungsmitteln (98/681) gedeckt.

Beschluß: Nach Antrag.

7) Aussprache über die Kieler Woche 1954

B ü r g e r m e i s t e r hebt eingangs hervor, daß der Gesamtablauf der diesjährigen Kieler Woche allgemein als voll gelungen bezeichnet werden kann. Es ist zweifellos erreicht worden, die äußere Form der Kieler Woche zu verbessern und ihren inneren Gehalt zu vertiefen. Als Höhepunkte sind zu bezeichnen die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Bundespräsidenten, die Großkundgebung mit dem USA-Botschafter Conant und der durchaus geglückte Versuch einer Vertiefung der wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Kiel und den nordischen Universitäten. Im Mittelpunkt dieser Bestrebungen stand insbesondere die Stiftung von Freiplätzen für Studenten aus den Nordländern. Auch der nordische Studentenachter, der ein fester Programmpunkt der Kieler Woche werden sollte, hat diese Bestrebungen weiter vertieft. Hervorzuheben ist weiter die Anwesenheit des Diplomatischen Korps zur Kieler Woche, und es kann nur der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß auch dieser Besuch zu einem festen Bestand-teil der Kieler Woche wird.

Die segelsportlichen Veranstaltungen, die politischen Gespräche und die kulturellen Bestrebungen haben die Kieler Woche in den Blickpunkt nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch des Auslandes gerückt. In der auswärtigen Presse sind von einer Seite die Theateraufführungen zur Kieler Woche bemängelt worden. Dazu ist zu sagen, daß der Kritiker die Ziele und die Bedeutung der Kieler Woche nicht verstanden hat, denn es ist nicht beabsichtigt, eine Theaterfestspielwoche aufzuziehen. Insgesamt gesehen muß noch erreicht werden, daß die programm-mäßigen Schwerpunkte mehr als bisher über die ganze Woche verteilt werden. In diesem Jahr ist es durch den gleichzeitigen Besuch des Bundespräsidenten und des Diplomatischen Korps zu einer Häufung von Veranstaltungen am Anfang der Woche gekommen. Das Fest auf grünem Rasen und das Volksfest auf der Krusekoppel haben auch in diesem Jahr Anklang gefunden und können aus dem Programm der Kieler Woche nicht mehr fortgedacht werden.

Alles in allem gesehen ergibt sich die Verpflichtung, die Kieler Woche auf der jetzt gefundenen Grundlage weiter aufzubauen. Wenn das gelingt, kann mit Hoffnung und guten Erwartungen der nächsten Kieler Woche entgegengesehen werden.

Stadtrat L a n g b e h n erklärt, daß die Ansichten der SPD weitgehend mit dem übereinstimmen, was der Bürgermeister soeben vorgetragen hat. Der Segelsport und der Rudersport sind weiter ausgedehnt worden. Der nordische Studentenachter, der für die

Verbindung mit dem Norden nur dienlich sein kann, sollte beibehalten werden. Zu erwägen bleibt, ob nicht neben dem Wassersport am Anfang und am Ende der Woche repräsentative Sportveranstaltungen mit ausländischen Gegnern durchgeführt werden können. Nach Ansicht der SPD müssen die feierliche Eröffnung, das Volksfest auf der Krusekoppel, das Fest auf grünem Rasen sowie die Festsitzung der Ratsversammlung feste Bestandteile der Kieler Woche bleiben. Auch der Besuch des Bundespräsidenten ist aus der Kieler Woche nicht mehr fortzudenken. Für die Kieler-Woche-Gespräche, die im Zusammenhang mit dem jeweiligen Kulturpreisträger der Stadt Kiel stehen könnten, müssen die Themen und die Referenten sorgfältig ausgewählt werden. Die Beteiligung der Universität, die zweifellos die Kieler Woche bereichert, muß noch weiter vertieft werden. Das Theaterprogramm sollte noch sorgfältiger als bisher zusammengestellt werden, wobei auch an die Möglichkeit von Gastspielen nordischer Künstler gedacht werden sollte. Unbefriedigend war nach Ansicht der SPD die Werbung durch das Kieler-Woche-Plakat. Die "Amnestierten" sollten im Sonderprogramm der Kieler Woche auch weiterhin Gastspiele geben. Ein besonderes Augenmerk muß darauf gerichtet werden, daß die Stadt durch ihre Repräsentationspflichten gegenüber dem Diplomatischen Korps usw. nicht ihre Pflichten gegenüber den Wirtschaftskreisen vernachlässigt. Es müssen führende Wirtschaftler des Bundes und des Landes eingeladen werden, um auch auf diese Weise der Wirtschaftsförderung Kiels zu dienen. Grundsätzlich muß bei allen Einladungen davon ausgegangen werden, daß sie so früh wie möglich überbracht werden. Sprecher verweist in diesem Zusammenhang auf die jeweils vor der Kieler Woche durchgeführten "Nordischen Tage" in Lübeck, zu denen auch Persönlichkeiten aus dem Norden eingeladen werden.

Ratsherr B o l l weist darauf hin, daß z.Zt. in der Bundesrepublik eine "Inflation von Festwochen" zu verzeichnen ist. Daher muß Kiel bemüht sein, der Kieler Woche ein Gesicht zu geben, das sie aus dem üblichen Rahmen heraushebt. Für weite Kreise, besonders des Auslandes, ist der Segelsport der entscheidende Faktor der Kieler Woche. Es kommt nun darauf an, eine lebensnahe und elastische Programmgestaltung zu finden, die den Charakter der Weltoffenheit herausstellt.

Stadtrat S c h u b e r t erklärt, daß die KG mit Befriedigung feststellt, daß die Kieler Woche in ihrer jetzigen Form auf dem richtigen Weg ist und das Gepräge hat, das sie ihrer Tradition nach haben muß. Sprecher befaßt sich sodann mit den Gastspielen der "Amnestierten" zur Kieler Woche und erklärt, daß er die "Amnestierten" ablehnt, weil sie, wie er sich ausdrückt, heiligste Gefühle weiter Teile der Kieler Bevölkerung verletzt haben. Die KG wünscht, daß die "Amnestierten" aus dem Kieler Woche-Programm herausgenommen werden.

Stadtrat Dr. R ü d e l betont, daß die Segelsportveranstaltungen nach seiner Meinung nach wie vor die tragende Kraft der Kieler Woche sind. Er stellt erfreut fest, daß die früher erhobene Forderung nach einer "Ehe zwischen der Stadt und den Seglern" mehr und mehr verwirklicht wird. Das jetzige Gesicht der Kieler Woche ist durchaus im Interesse der Segler gestaltet. Ein Beweis dafür dürfte die große internationale Beteiligung an den Segelregatten sein. Die Bemühungen müssen dahin gehen, deutsche Segler ins Ausland zu bringen, um dann mit Gegenbesuchen zur Kieler Woche eine weitgespannte internationale Beteiligung sicherzustellen. Ernste Sorge hat allerdings im letzten Jahr die Unterbringung der Segler bereitet. Es geht nicht an, daß man die

Segler weiterhin außerhalb Kiels unterbringt. In diesem Zusammenhang rückt die schon mehrmals erörterte Frage eines Hotelneubaues in Kiel wieder in den Vordergrund.

Erfreulicherweise konnten die Verbindungen mit der Universität enger geknüpft werden. Eine wertvolle Ergänzung der Beziehungen zur Universität und zum Norden ist der Studentenachter, der zu einem festen Programmpunkt werden muß. Die Universität müßte ihre Vorträge allerdings so allgemein gestalten, daß nicht nur Fachleute, sondern alle Bürger teilnehmen können.

Gut gefallen hat die Pferdeleistungsschau, die beibehalten werden muß, zumal Kiel als Landeshauptstadt eines Agrarlandes auch den ländlichen Kreisen gegenüber Verpflichtungen hat.

Die allgemeinen Bestrebungen müssen dahin gehen, die Kieler Woche immer mehr aufzulockern und die Freude immer mehr in den Vordergrund treten zu lassen.

Die Kieler Woche 1954 war beispielgebend für die folgenden Kieler Wochen.

Ratsherr E s c h e n b u r g steht auf dem Standpunkt, daß das Theater sich noch mehr in die Kieler Woche einfügen muß. Wenn das ganze Jahr richtig disponiert wird, muß es möglich sein, während der Kieler Woche mit festlichen Theaterhöhepunkten aufzuwarten. In der Zeitung "Die Welt" ist das Theaterprogramm der letzten Kieler Woche erheblich kritisiert worden.

Ratsherr R a t z erklärt zu den Ausführungen von Ratsherrn Eschenburg, daß die Kritik in der "Welt" nicht berechtigt und eine Beleidigung ist. Die Festaufführung "Hoffmanns Erzählungen" war als Theaterhöhepunkt ein voller Erfolg, was auch vom Bundespräsidenten bestätigt worden ist. Auf die Worte von Stadtrat Dr. Rüdell eingehend, bemerkt Sprecher, daß man neben der Freude und neben der Fröhlichkeit auch eine Stunde der ernsten Besinnung braucht. Ratsherr Ratz befaßt sich sodann mit den Ausführungen von Stadtrat Schubert wegen der "Amnestierten", wobei zum Ausdruck kommt, daß es in dieser Frage noch gegensätzliche Meinungen gibt.

Die Beziehungen mit dem Norden müssen noch enger geknüpft werden. Es muß gelingen, die Nordländer zu der Überzeugung zu bringen, daß eine Kieler Woche ohne ihre Beteiligung nicht mehr denkbar ist.

Abschließend gibt Sprecher dem Wunsch Ausdruck, daß es gelingen möge, auch das nächste Kieler Woche-Programm im gemeinsamen guten Einvernehmen zu gestalten.

8) Anfrage von Ratsherrn Hartmann betr. Gelände Germaniawerft

- Siehe Punkt 11d) dieser Niederschrift -

- 9) Betrifft: Antrag der Fraktion KG betr. Darlehen aus Baukostenzuschüssen von Wohnungsinhabern - Drs. 480 -

"Die Fraktion Kieler Gemeinschaft beantragt:

Die Stadtvertretung wolle beschließen,

daß künftighin Darlehen für Bauzwecke, die beim Wohnungsamt aus obigem Fonds vergeben werden, privaten Bauherren zur Verfügung gestellt werden. Nach einer Auskunft des Wohnungsamtes sind von den rund 177.000 DM 109.000 DM an die Kieler Wohnungsbaugesellschaft gegangen. Die aufgebrachten Mittel stammen fast ausschließlich aus der Privatwirtschaft. Es ist daher recht und billig, wenn auch private Bauherren künftighin die Rückflüsse für Bauzwecke verwenden können."

Frau Stadträtin H i n z führt aus, daß es nach ihrer Meinung nicht zutrifft, daß, wie in dem Antrag der KG gesagt wird, die aufgebrachten Mittel fast ausschließlich aus der Privatwirtschaft stammen. Die Baukostenzuschüsse sind ein Ausgleich für die zusätzliche Bereitstellung von Wohnraum, der der Bewirtschaftung unterliegt. Ein Bürger, der solchen bewirtschafteten Wohnraum zusätzlich beansprucht, zahlt dafür eine Abfindung. Man kann also nicht sagen, daß das Geld aus der Privatwirtschaft kommt. Richtig ist, wenn in dem Antrag gesagt wird, daß die KWG bisher 109.000 DM bekommen hat. Dazu ist aber darauf hinzuweisen, daß der Haus- und Grundeigentümerverein seinerzeit aufgefordert worden ist, von sich aus private Bauherren für solche Darlehen vorzuschlagen. Bis heute sind solche Anträge von privater Seite nicht eingereicht worden. Der Wohnungsausschuß geht davon aus, daß derjenige Geld bekommen sollte, der billig baut. Wenn ein Privatmann billige Wohnungen bauen will und sie dem Wohnungsamt zur Verfügung stellt, wird auch er Darlehen aus den Baukostenzuschüssen von Wohnungsinhabern bekommen.

In der Praxis hat sich manchmal ergeben, daß zwar Geld da war, aber keine Anträge vorlagen. Deshalb hat der Wohnungsausschuß, um den Wohnungsbau nicht zu verzögern, beschlossen, der Kieler Wohnungsbaugesellschaft die Darlehen anzubieten.

Abschließend erklärt Sprecherin, daß nach ihrer Meinung die Entscheidung darüber, wem die Darlehen zu geben sind, beim Wohnungsausschuß verbleiben muß. Die SPD lehnt den Antrag ab.

Ratsherr H a r t m a n n ist entgegen der Ansicht von Frau Stadträtin Hinz der Auffassung, daß die 177.000 DM, die aus Baukostenzuschüssen von Wohnungsinhabern zusammengekommen sind, ausschließlich aus der privaten Wirtschaft kommen. Er beantragt in diesem Zusammenhang, zu genehmigen, daß er die betreffenden Akten des Wohnungsamtes einsehen kann. Sprecher kann sich nicht mehr daran erinnern, daß der Haus- und Grundeigentümerverein vom Wohnungsamt aufgefordert worden ist, private Bauherren zu benennen. Er bemerkt, daß er sich im letzten Jahr wiederholt mit dem Dienststellenleiter des Wohnungsamtes in Verbindung gesetzt und ihn gefragt hat, ob Geld aus Baukostenzuschüssen zur Verfügung steht. Man kann keinem Privatmann zumuten, solche Darlehen zu beantragen, wenn er gar nicht weiß, wann und ob er sie überhaupt jemals bekommt. Nach den Ausführungen von Frau

Stadträtin Hinz hat das Wohnungsamt der KWG das Geld von sich aus angeboten und nicht gewartet, bis Anträge vorlagen. Das gleiche Verfahren muß auch für die Privatwirtschaft verlangt werden. Sprecher stellt fest, daß der "Draht zwischen der Dezernentin des Wohnungsamtes und dem der gleichen Partei angehörenden Geschäftsführer der KWG gut funktioniert".

Ratsherr N o l t e erklärt, daß auf Veranlassung des Wohnungsausschusses vor 2 Jahren an die verschiedensten Stellen, u.a. auch an den Haus- und Grundeigentümerverschein, wegen der Bereitstellung von Darlehen an Private geschrieben worden ist. Es sind nur ablehnende Antworten gekommen. Sprecher hat keine Bedenken, daß auch private Bauherren Darlehen bekommen, vorausgesetzt, daß billig und zur Verfügung des Wohnungsamtes gebaut wird.

Frau Stadträtin H i n z sieht in den letzten Worten von Ratsherrn Hartmann einen Vorwurf, den sie ganz entschieden zurückweist. Sprecherin unterstreicht nochmals, daß der Wohnungsausschuß beschlossen hat, der KWG die Darlehen anzubieten, und hebt erneut hervor, daß der Haus- und Grundeigentümerverschein gebeten worden ist, von sich aus private Bauherren vorzuschlagen. Wenn er keine Vorschläge gemacht hat, so ist das eine Angelegenheit, die er selbst zu vertreten hat.

Stadtrat K ö s t e r wirft die Frage auf, wie es wohl um die Notspitzen des Wohnungsamtes bestellt gewesen wäre, wenn die KWG nicht jahrelang ausschließlich für das Wohnungsamt gebaut hätte.

S t a d t p r ä s i d e n t bemerkt zu den Ausführungen von Ratsherrn Hartmann, daß persönliche Verdächtigungen vermieden werden sollten. Wenn Ratsherr Hartmann gemeint hat, daß zwischen der Dezernentin des Wohnungsamtes und dem Geschäftsführer der KWG unkorrekt verfahren worden ist, dann ist das ein Vorwurf, den Stadtpräsident zurückweisen muß.

Ratsherr B o l l erklärt, daß der Antrag der KG eingebracht worden ist, um zu erreichen, daß das Wohnungsamt nicht nur der KWG, sondern auch privaten Bauträgern Darlehen anbietet.

Ratsherr N o l t e erklärt als Mitglied des Wohnungsausschusses, daß der Wohnungsausschuß sich seine Rechte, nämlich über die Darlehen zu entscheiden, nicht nehmen läßt.

Beschluß: Der Antrag wird mit 17 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Stadtrat Schatz hat sich der Stimme enthalten.

10) Betrifft: Beschaffung von Ruhebänken - Drs. 492 -
(Dringlichkeitsvorlage)

Berichterstatter: Stadtrat Schubert

Antrag: Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 2.800 DM bei der Haushaltsstelle 7412/813 Beschaffung von Einrichtungsgegenständen - unter gleichzeitiger Erhöhung des Einnahmehaushaltssolls der Haushaltsstelle 7412/25 wird zugestimmt.

Beschluß: Nach Antrag.

II) Verschiedenes

a) Planung um den Schloßgarten

Ratsherr E s c h e n b u r g weist darauf hin, daß er in der Juli-Sitzung der Ratsversammlung um einen Bericht über die Planung um das Schloßgartengelände gebeten hat.

Stadtbaurat J e n s e n erklärt dazu, daß er die Angelegenheit gestern im Magistrat vorgetragen hat. Der Magistrat hat beschlossen, daß in der Oktober-Sitzung der Ratsversammlung über die Angelegenheit berichtet werden soll.

- Kenntnis genommen -

b) Satzung über die Außenwerbung

Ratsherr H a r t m a n n fragt, ob die am 22.4.1954 von der Ratsversammlung beschlossene Satzung über die Außenwerbung von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden ist.

Stadtbaurat J e n s e n vermag darüber heute keine Auskunft zu geben. Er wird in der nächsten Sitzung der Ratsversammlung berichten.

- Kenntnis genommen -

c) Volkswagenwerk

Ratsherr H a r t m a n n weist darauf hin, daß sich nach einer Pressemeldung in einer Hamburger Zeitung das Volkswagenwerk mit dem Gedanken trägt, eine Zweigstelle im norddeutschen Raum zu errichten. Sprecher fragt den Wirtschaftsdezernenten, ob ihm diese Pläne bekannt sind und was er unternommen hat, um dies Zweigwerk nach Kiel zu bringen.

Stadtrat V o s s erklärt, daß er schon, bevor die Pressemitteilung erging, an die Volkswagenwerke geschrieben hat. Das Amt für Wirtschaftsförderung bemüht sich um die Angelegenheit.

Ratsherr H a r t m a n n erklärt, daß er in der vertraulichen Sitzung auf die Angelegenheit zurückkommen wird.

- Kenntnis genommen -

d) Pressenotiz über Baumaßnahmen in Kiel

Ratsherr M a h r t bemerkt, daß nach Pressenotizen in den heutigen Tageszeitungen das Bauamt eine Pressebesprechung über Baumaßnahmen in Kiel, insbesondere über die Gablenzbrücke, abgehalten hat. Sprecher fragt, welche Beschlüsse der Selbstverwaltungsorgane diesen Presseauskünften zugrunde liegen.

Stadtbaurat J e n s e n erklärt, daß er über die Einzelheiten nicht unterrichtet ist, weil er in Urlaub war. Er wird in der nächsten Sitzung der Ratsversammlung Antwort geben.

- Kenntnis genommen -

d) Anfrage von Rats Herrn Hartmann betr. Gelände Germaniawerft

Stadtpräsident geht auf seine Ausführungen zu Beginn dieser Sitzung ein und teilt nochmals mit, daß der Magistrat empfohlen hat, die Anfrage von Rats Herrn Hartmann betr. Gelände der Germaniawerft, die auf der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung steht, in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß darüber jetzt in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden.

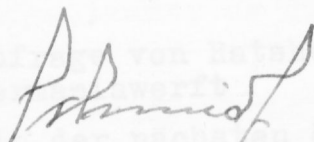
Nachdem die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, wird so verfahren.

- Weiteres siehe Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung -

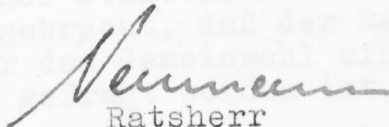
Beginn: 18,01 Uhr

Ende: 19,45 Uhr

Anwesenheit: (s. Niederschrift).


Stadtpräsident


Rats Herr

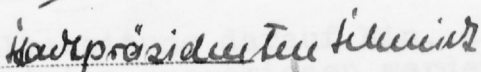

Rats Herr
(Schriftführer)

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister Kiel, den 27.9.54
- Hauptamt -

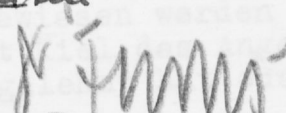
1.) Widerspruch

2.) U.

Herrn Stadtrat
zurückgesandt.


Hauptpräsident

(Gey)


S.V. (A. Linder)

Stadt Kiel

Der Oberbürgermeister Kiel, den

— Hauptamt —

1.) Widerspruch

2.) U.

Herrn Stadtrat
zurückgesandt.

27.9.54

Hadzpräsidenten Kilius



X. Funnis
S.V. (Dr. Fuchs)

1) Abschrift der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 16. September 1954 erhält das Büro des Stadtpräsidenten zur Kenntnis.

2) Auszüge erhalten:

Von Punkt 3) der Niederschrift:					a) Sportamt z.Kts.u.w.V.
					b) Tiefbauamt z.Kts.
					c) Kämmereiamt z.Kts.
					d) Rechnungsprüfungsamt z.Kts.
"	"	4)	"	"	a) Steueramt z.Kts.u.w.V.
					b) Kämmereiamt z.Kts.
					c) Rechnungsprüfungsamt z.Kts.
"	"	5)	"	"	a) Gesundheitsamt z.Kts.u.w.V.
					b) 2 x Kämmereiamt z.Kts.
					c) Rechnungsprüfungsamt z.Kts.
"	"	6)	"	"	a) Personalamt z.Kts.u.w.V.
					b) 2 x Kämmereiamt z.Kts.
					c) Rechnungsprüfungsamt z.Kts.
"	"	7)	"	"	a) Presse-, Fr.u.Ausst.Amt z.Kts.
					b) Sekr. des OB z.Kts.
"	"	9)	"	"	Wohnungsamt z.Kts.
"	"	10)	"	"	a) Stadtgartenbauabt.z.Kts.u.w.V.
					b) 2 x Kämmereiamt z.Kts.
					c) Rechnungsprüfungsamt z.Kts.
"	"	11a)	"	"	Stadtplanungsamt z.Kts.
"	"	11b)	"	"	Bauverwaltungsamt z.Kts.
"	"	11c)	"	"	Amt f.Wirtschaftsförderung z.K.
"	"	11d)	"	"	Bauverwaltungsamt z.Kts.

Nichtöffentliche Sitzung

Abschrift der Niederschrift über die Sitzung der nichtöffentlichen Sitzung erhält das Büro des Stadtpräsidenten z.Kts.

Von Punkt 1) der Niederschrift:					a) Amt f.Wirtschförd.z.Kts.
"	"	2)	"	"	a) Schul- u.Kulturamt z.Kts.
					b) Rechnungsprüfungsamt z.Kts.
"	"	3)	"	"	Personalamt z.Kts.
"	"	4)	"	"	Kämmereiamt z.Kts.

3) Z.d.A.

St.
Kurtz

Sitzung

des Magistrats
der Ratsversammlung

vom: 16. 9. 1954

Einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung

des Magistrats
der Ratsversammlung

heute erhalten:

A m t

Betrifft:

Unterschrift - Datum -

Punkt: Abschriften

Büro des Stadtpfäsidenten

Brandt

Punkt: 3

Bänmann 28.9.54

Sportamt

Punkt: 3

Gierke 28/9

Vierbauamt

Punkt: 3-4-5-6-10 - nicht öffentl.

Sitzung: 28.9.54

Kämmerei

Punkt: 3-4-5-6-10 - nicht öffentl.

Sitzung: 2

Rechtsanwaltsprüfungsausschuss

Rolling 28.9.

Punkt: 4

Steueramt

Punkt: 5

28.9.54

Grundbesitzamt

Bern

Punkt: 6 - nicht öffentl. Sitzung: 3

Personalamt

Spoorhude 28/9

Punkt: 7

Passamt

Zillmer 28/9

A m t

Betrifft:

Unterschrift - Datum

Punkt: 7

Schul. d. Oberbismarckstr.

Punkt: 9

Wohnungspunkt

Punkt: 10

Stadtgestaltungsablg.

Punkt: 11a

Stadtplanungspunkt

Punkt: 11b-11d-

Bauverwaltungsamt

Punkt: 11c - nichtöffentl. Sitzung

Inst. f. Wirtschaftsförderung

Punkt: nichtöffentl. Sitzung

Schul.-u. Kultursamt

Punkt:

Punkt:

Punkt: